

Bildungs- und Erziehungssystem der DDR – Funktion, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume

1. Strukturen des Bildungssystems
 - 1.1. „Antifaschistisch-demokratische Bildungsreform“ 1945–1949
 - 1.2. Aufbau sozialistischer Bildungsinstitutionen 1949–1961
 - 1.3. Gestaltung des Bildungssystems ab 1961/62
2. Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit
 - 2.1. Erziehungsziel sozialistische Persönlichkeit
 - 2.2. Aneignung sozialistischer Werte
3. Vermittlung im Bildungs- und Erziehungswesen
 - 3.1. Rolle der Schule
 - 3.2. Schulische Bildung im Dienste der SED am Beispiel des Geschichtsunterrichts
 - 3.3. Politische Indoktrination in der Schule: das Fach Staatsbürgerkunde
 - 3.4. Wehrerziehung in der Schule: Haß gegen den Klassenfeind
4. Rolle des Pädagogen
5. Wirksamkeit politischer Indoktrination
6. Forschungsdefizite und Literaturhinweise

1. Strukturen des Bildungssystems

Aufbau, Entwicklung und Gestaltung des Bildungswesens in der DDR sind hinlänglich untersucht.¹ Die Analyse konzentriert sich daher im ersten Teil schwerpunktmäßig auf die Instrumentalisierung der Bildungseinrichtungen durch die SED und deren Bemühungen, ihre ideologischen Ziele vor allem über die schulische Bildung zu realisieren. Im Mittelpunkt dieser Bildungspolitik stand die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit (siehe Teil 2), die Frage, wie dieses Bildungs- und Erziehungsziel in der Schule vermittelt werden sollte.

¹ Es sei hier verwiesen auf die Arbeiten von Oskar Anweiler, Dieter Waterkamp, Andreas Fischer, Siegfried Baske, Wolfgang Mitter u. a., ferner aus dem Selbstverständnis der DDR-Pädagogik auf die Darstellungen von Karl-Heinz Günther.

1.1. „Antifaschistisch-demokratische“ Bildungsreform 1945–1949

Der Aufbau eines sozialistischen Bildungssystems begann in der ersten Phase von 1945 bis 1949 mit der „antifaschistisch-demokratischen“ Schulreform.² Bereits 1945 hatte die Zusammenfassung der in der SBZ zugelassenen Parteien zur „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zur Folge, daß die offene, demokratische Diskussion über die Neugestaltung des Bildungs- und Erziehungswesens stark eingeschränkt wurde. Zunächst wurden die Schlüsselpositionen in der Verwaltung durch Kommunisten besetzt. Mit exekutiven Befugnissen ausgestattete sowjetische Bildungsoffiziere wirkten beim organisatorischen Wiederaufbau der Bildungseinrichtungen aber auch bei grundsätzlichen inhaltlichen Entscheidungen maßgeblich mit. Mit der „Deutschen Verwaltung für Volksbildung“ wurde eine zentrale Verwaltungsbehörde für das gesamte Bildungswesen eingerichtet, aus der 1949 das Ministerium für Volksbildung hervorging. 1951 folgten eigenständige zentrale Verwaltungen für die Berufsbildung und für das Hochschulwesen. Diese Maßnahmen schränkten den Bedeutungsumfang der propagierten „Volksbildung“ auf das allgemeinbildende Schulwesen ein.

Die ersten politischen Maßnahmen ab dem Sommer 1945 ließen bereits das Ziel erkennen, das Bildungswesen nach sowjetischem Vorbild und zugleich der Tradition der deutschen marxistischen Arbeiterbewegung verpflichtet, neu zu gestalten: Auflösung der Privatschulen (25. Aug. 1945); Ersetzen von Zehntausenden von Lehrern durch „Heranziehung geeigneter Antifaschisten“ ohne pädagogische Vorbildung als Hilfslehrer; einheitliche Lehrpläne für Grund- und Oberschulen (1. Juli 1946); Gründung einer einheitlichen Jugendorganisation (26. Febr. 1946); bevorzugte Zulassung von Bewerbern aus Arbeiter- und Bauernschichten zum Studium. Diese bildungspolitischen Maßnahmen setzten weitgehend die Forderungen um, die bereits im gemeinsamen Aufruf von KPD und SPD zur demokratischen Schulreform vom 18. Oktober 1945 erhoben worden waren.³ Die dort ebenfalls formulierte „Schaffung eines einheitlichen Schulsystems“ erfolgte in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone im Mai/Juni 1946 durch das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“, mit dem erstmals in Deutschland eine achtjährige, gemeinsame

2 Zur Frage der Periodisierung und der Entwicklung des Bildungssystems, siehe: Oskar Anweiler: Schulpolitik und Schulreform in der DDR. Opladen 1989, S. 19 ff.; Dietmar Waterkamp: Handbuch zum Bildungswesen in der DDR. Berlin 1987, S. 13–61; Siegfried Baske (Hrsg.): Bildungspolitische und pädagogische Probleme der Schulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1984; Andreas Fischer: Das Bildungssystem der DDR. Entwicklung, Umbruch und Neugestaltung seit 1989. Darmstadt 1992, S. 29–48; Karl-Heinz Günther u. a.: Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik, 3. Aufl. Berlin (Ost) 1989.

3 Vgl. Demokratische Schulreform. Bericht über die gemeinsame Kundgebung der KPD und SPD am 4. November 1945. Berlin o.J.

Schule für alle Kinder eingeführt wurde. Die gesetzlichen Bestimmungen wurden von den Präsidien der Landes- und Provinzialverwaltungen bereits vor den ersten Landtagswahlen im Oktober 1946 erlassen, waren also nicht parlamentarisch legitimiert.

Die im Schulgesetz verankerte „neue deutsche Schule“ setzte sich ausdrücklich nicht nur von der nationalsozialistischen Schule sondern insgesamt auch von der „Standesschule“ vor 1933 ab, da jene soziale Gruppen benachteiligt habe. § 2 sah „ein für Jungen und Mädchen gleiches, organisch gegliedertes, demokratisches Schulsystem – die demokratische Einheitsschule“ vor. Der Gedanke der Einheitsschule wurde seitdem immer wieder als bedeutende sozialpolitische Errungenschaft gefeiert. Jedoch blieb das pädagogische Problem weitgehend ungelöst, wie im Rahmen dieser Schule eine Differenzierung möglich und organisatorisch durchzuführen wäre, die individuelle Begabungen und Interessen im Sinne der Betroffenen wie auch der intendierten gesellschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigen könnte.⁴

Das Bildungswesen gliederte sich nach dem Schulgesetz von 1946 in vier Stufen:

1. Vorstufe (Kindergarten);
2. achtklassige Grundstufe (Grundschule) mit Unterricht in einer modernen Fremdsprache ab der 5. Klasse;
3. Oberstufe unterteilt in dreijährige Berufsschule und Fachschule sowie die vierjährige Oberschule;
4. Hochschule (Universität).⁵

Das Schulgesetz erfüllte jedoch nicht die traditionellen sozialistischen Forderungen nach kollegialer Schulleitung und Wahl des Schulleiters, vielmehr wurde die Verantwortung für die einzelne Schule dem vom Landespräsidenten zu ernennenden Schulleiter übertragen. Dieses Verfahren entsprach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus und der Praxis in der Sowjetunion. Im Juli 1946 wurden an allen Universitäten Pädagogische Fakultäten zur Ausbildung der Lehrer der Klassenstufen 5 bis 8 eröffnet. Aber an die Stelle der Universitätsausbildung für alle Lehrer trat mit der Neuregelung der Lehrerbildung vom 15. Mai 1953 das dreiteilige System der Sowjetunion.

In dieser ersten Aufbauphase verfolgte die SED-Führung von Anfang an die ideologische Zielsetzung, den Erziehungsauftrag der Bildungseinrichtungen den jeweils von der Politik festgelegten Maßgaben anzupassen; d. h. die ideologische Beeinflussung ging einher mit der innerparteilichen Formung

4 Siehe Dietmar Waterkamp: Das Einheitsprinzip im Bildungswesen der DDR. Eine historisch-systematische Untersuchung. Bildung und Erziehung, Beiheft 3. Köln und Wien 1985.

5 Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule, § 3; in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente, Teil I, hrsg. von S. Baske u. M. Engelbert. Berlin 1966, S. 25 f.

der SED zur „Partei neuen Typus“ auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Ab dem Herbst 1947 verstärkte die SED ihre Bemühungen, durch Schulungsarbeit den Einfluß der Partei in der Bildungs- und Jugendarbeit auszuweiten.⁶ Obwohl Ende 1947 bereits jeder neunte Erwachsene in der SBZ und rund 40 Prozent der Lehrer Mitglied der SED waren⁷, erachtete die Parteiführung den Grad der ideologischen Durchdringung der Gesellschaft und die Aktivierung ihrer Mitglieder als unbefriedigend. Daher wurden in den Entschlüssen des Dritten Pädagogischen Kongresses im Juli 1948 u. a. „die Erfüllung der Bemühungen um die Erziehung der deutschen Jugend im Geist des Schulgesetzes und des Erziehungsprogramms“ und „die ideologische Festigung der Lehrerschaft“⁸ als vorrangige Aufgaben des nächsten Jahres festgelegt. Die Kampagne leitete Hans Siebert, Hauptreferent des ZK für Schul- und Erziehungsfragen und später Leiter der Hauptabteilung Unterricht und Erziehung in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung. Er forderte auf der „Lehreraktivistenkonferenz“ in Leipzig Mitte November 1948 die kritische Auseinandersetzung mit der „spätbürgerlichen Reformpädagogik“ und trat für das Studium der marxistischen Erziehungswissenschaft und der Sowjetpädagogik ein, um auf dieser Grundlage ein „modernes, deutsches, demokratisches Erziehungswesen“ aufbauen zu können.⁹

1.2. *Aufbau sozialistischer Bildungsinstitutionen 1949–1961*

Die DDR-Pädagogen bezeichneten den IV. Pädagogischen Kongreß im August 1949 in Leipzig als Abschluß der „antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung des Schulwesens“ und als „Auftakt“¹⁰ des Aufbaus eines sozialistischen Bildungswesens. Diese zweite Phase reichte bis 1961/62. Sie verfolgte mehrere Ziele:

a) Die Periode von 1949–1955 war – nach dem Selbstverständnis der DDR-Pädagogik – vor allem durch die Vorlage der „ideologisch-theoretischen

6 Siehe: Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 18. Okt. 1947 „Verstärkung der sozialistischen Bildungsarbeit“; „Intellektuelle und Partei“ vom 11. Februar 1948; „Zur Jugendarbeit der Partei“ vom 15. April 1948; „Verstärkung und Verbesserung der Parteischulungsarbeit“ vom 30. Juni 1948.

7 Vgl. Hermann Weber: *Geschichte der DDR*. München 1985, S. 177.

8 Entschlüssen des Dritten Pädagogischen Kongresses; in: *Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik*, a.a.O., Teil I, S. 75 f.

9 Hans Siebert: *Neue Lehrer im Kampf um die Erfüllung des Zweijahrplans*. Rede auf dem Aktivistentag der Lehrer in Leipzig vom 15. bis 17. November 1948; in: *Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik*, Teil I, a.a.O., S. 85 ff.

Vgl. Ruth Müller: *Gedanken zur Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik 1949–1955*; in: *Wiss. Zs. der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschaftliche und Sprachwissenschaftliche Reihe*, Heft 4/1967.

10 Karl-Heinz Günther/Gottfried Uhlig: *Zur Entwicklung des Volksbildungswesens auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik 1946–1949*; in: *Monumenta Paedagogica*, Band III. Berlin 1968, S. 200.

Grundpositionen der neuen deutschen Pädagogik in der DDR“ gekennzeichnet.¹¹ 1952/53 erfolgte die theoretische Begründung einer sozialistischen Pädagogik¹² als Wissenschaft auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Werner Dorst, der Direktor des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts charakterisierte, ausgehend von der Sowjetpädagogik, Gegenstand und Aufgabe dieser Pädagogik:

„1. Möglichst genaue Bestimmung durch Abgrenzung des Gegenstandes der Bildung und Erziehung als besonderer gesellschaftlicher Erscheinungen. Klärung der wichtigsten pädagogischen Begriffe.

2. Anwendung des dialektischen und historischen Materialismus als Instrument zur Erforschung dieses Gegenstandes und – auf dieser Grundlage – Herausarbeitung und Erprobung spezieller Verfahren und Methoden der pädagogischen Forschung.

3. Herausarbeitung objektiver Wahrheiten und ihre Zusammenfassung durch die wissenschaftliche materialistische Weltanschauung des Marxismus-Leninismus.

4. Unmittelbare Verbindung der Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft mit den aktuellen Aufgaben, die die Entwicklung der Gesellschaft auf diesem Gebiet stellt.“¹³

- b) Diese bildungspolitische Leitlinie fand ihren konkreten Niederschlag in den Kampagnen 1951 und 1952 zum Studium der sowjetischen Pädagogik bei gleichzeitiger Wendung gegen die deutsche Reformpädagogik. Neben der obligatorischen Schulung in Sowjetpädagogik wurden die ersten „marxistisch-leninistischen“ Lehrpläne am 1. September 1951¹⁴ und Russisch als einzige Fremdsprache – ab der 5. Klasse – eingeführt. In den neuen Lehrplänen 1951/52 verfolgte die SED mit dem Russischunterricht vor allem ideologische und propagandistische Ziele, was in der Bevölkerung

11 Ruth Müller: Gedanken zur Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft, a.a.O., S. 481.

12 Zur sozialistischen Pädagogik, siehe u. a.:

Johannes Niermann: Sozialistische Pädagogik in der DDR. Eine wissenschaftstheoretische Untersuchung. Heidelberg 1972;

Werner Dorst: Einheit von Bildung und Erziehung und der Gegenstand der Pädagogik; in: Pädagogik, Heft 1/1966;

Helmut König: Vom „pädagogischen Provinzialismus“ zur „pädagogischen Provinz“; in: Pädagogik, Heft 7/1965;

Helmut König: Pädagogik in unserer Zeit; in: Wiss. Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Ges. Sprachw. Reihe, Heft 2/1967;

Gerhart Neuner: Ideologisch-theoretische Probleme der Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft; in: Einheit, Heft 9–10/1969. Vgl. auch die Literaturangaben in Anm. 2.

13 Werner Dorst: Erziehung, Bildung, Unterricht in der deutschen demokratischen Schule; in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik, a.a.O., Teil I, S. 224.

14 Siehe Karl-Heinz Günther/Gottfried Uhlig: Geschichte der Schule der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost) 1974, S. 95.

wie in den Schulen lange auf Widerstand stieß.¹⁵ Ein weiteres Indiz für die Vorbildfunktion der Sowjetpädagogik waren die nach dem XI. Kongreß der KPdSU auch in der DDR einsetzenden Diskussionen über den polytechnischen Unterricht, wenn sie auch zunächst noch ohne greifbares Ergebnis blieben.¹⁶

In dieser Periode setzten auch die ersten Überlegungen zur Einführung der Zehnklassenschule ein, die Walter Ulbricht auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 damit begründet hatte, daß es „die Erfüllung der großen Aufgaben des Fünfjahrplans“ notwendig mache, „daß auch Zehnklassenschulen eingeführt werden, deren Schüler zum Studium an Ingenieurschulen oder Schulen ähnlichen Charakters übergehen könnten.“¹⁷

In welchem Ausmaß in dieser Phase die Ideologisierung des Bildungswesens betrieben wurde, verdeutlichen einige Zahlen: 1951–1952 mußten alle Lehrer, Kindergärtnerinnen und Heimerzieher an obligatorischen Weiterbildungskonferenzen über die Grundlagen der Sowjetpädagogik teilnehmen.¹⁸ Es liegen keine genauen Zahlen darüber vor, wieviele Lehrer, Hochschullehrer und Schulfunktionäre nach 1949 abgesetzt oder aus ihrer Bildungseinrichtung verwiesen wurden. Jedoch verließen nach Schätzungen 1949 bis 1953 etwa 9.000 Lehrkräfte DDR und nach amtlichen Zählungen zwischen 1954 und 1961 17.877 Lehrer und 769 Hochschullehrer die DDR.¹⁹

- c) Die Diskussion um die Zehnklassenschule sowie die polytechnische Bildung und die Bemühungen, deren Notwendigkeit zu begründen, weisen zugleich auf den engen Zusammenhang von Bildungspolitik und wirtschaftlichen Bedingungen in der DDR hin²⁰; d. h. Erziehung und Ausbildung orientierten sich vorrangig am Bedarf an Arbeitskräften in der Volkswirtschaft. In den fünfziger Jahren führte diese Bildungspolitik dahin, daß wegen der starken Nachfrage nach Arbeitskräften die Berufs- und Weiterbildung vor allem zeitlich eingeschränkt und die Fachschul- und Hochschulbildung auf spezielle Arbeitstätigkeiten ausgerichtet wurden.
- d) Die „sozialistische Umgestaltung“ des Bildungswesens – insbesondere der Schule – wurde um 1955 verstärkt und in den sechziger Jahren mit der Einrichtung des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens abgeschlossen. Auf dem V. Pädagogischen Kongreß 1956 wurde zunächst die „zehnklassige allgemeinbildende Mittelschule“ als „die dem sozialistischen Aufbau

15 Siehe Roland Schmidt: Die ideologische Funktion des Russischunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR – dargestellt an den Lehrplanziele von 1946 bis zur Gegenwart; in: *Wiss. Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig* 24 (1975), S. 361–375.

16 Zur polytechnischen Bildung, siehe: Oskar Anweiler: *Schulpolitik und Schulsystem*, a.a.O., Kap. 2.4.

17 „Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft“; in: *Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik* a.a.O., Band I, S. 162.

18 Siehe *Monumenta Paedagogica*, Reihe C. Band VI, S. 375–379.

19 Zahlenangaben auf der Basis der Antragsteller im Bundesnotaufnahmeverfahren; siehe: Oskar Anweiler: *Schulpolitik und Schulsystem in der DDR*, a.a.O., S. 55.

20 Siehe hierzu vor allem: Dietmar Waterkamp: *Das Einheitsprinzip im Bildungswesen der DDR* a.a.O.

entsprechende Schulform“²¹ und künftig obligatorische Schule propagiert. In den Thesen „Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR“ forderte das ZK der SED am 17. Januar 1959 dann den Aufbau der zehnklassigen allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule ausdrücklich als „Grundlage für die berufliche Tätigkeit und für alle weiterführenden Bildungseinrichtungen“.²² Die Phase des Experimentierens hinsichtlich der strukturellen Gliederung der Schule fand ihren vorläufigen Abschluß in dem Gesetz vom 2. Dezember 1959, das die zehnklassige allgemeinbildende Polytechnische Oberschule zur Pflichtschule erklärte. Damit war zugleich das gesamte Bildungswesen auf eine polytechnische Grundlage gestellt. Der Weg über die Berufsausbildung wurde folglich auch zum wesentlichen Zugang für die Fach- und Hochschule erklärt.

- e) In dieser Periode fand die Pädagogik im Anschluß an die „Revisionismus-Diskussion“ 1956/57²³ ihre wissenschaftliche, ideologische und politische Begründung. Die stark an der Sowjetpädagogik orientierte Wissenschaft verstand sich in der Folgezeit als eine Disziplin, welche die Theorie des Inhaltes ihres Gegenstandes aus dem Marxismus-Leninismus herleitete, sich „mit der bewußten, systematischen und planmäßigen Entwicklung der Menschen“ und dem „Problem der allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit“ befaßte.²⁴ Der so verstandenen Pädagogik bediente sich die SED zunehmend zur Lösung praktischer Aufgaben. Kurt Hager, der damalige Vorsitzende der Schulkommission beim Politbüro der SED, umriß auf der III. Hochschulkonferenz im Frühjahr 1958 deren künftige Aufgabe: Verurteilung der „opportunistischen und revisionistischen Auffassungen“, „energischer Kampf für die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus auf dem Gebiet der Pädagogik“ und ein „klares Verhältnis zur Politik unserer Partei und unserer Weltanschauung“.²⁵

1.3. Gestaltung des Bildungssystem ab 1961/62

Ab 1961/62 setzte die dritte Phase der „Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ ein, die mit zwei deutlichen Akzentsetzungen 1971 und 1981 bis zum Ende der DDR reichte.

21 Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V.Pädagogischen Kongresses Leipzig 1956. Berlin 1956, S. 405.

22 „Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR“; in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, Band VII. Berlin (Ost) 1961, S. 508 ff.

23 Die Diskussion setzte nach der Verurteilung des Stalin-Kultes auf dem XX. Parteitag der KPdSU ein im Umfeld des V.Pädagogischen Kongresses im Mai 1956 in Leipzig und endete im Herbst 1957 mit der Maßregelung abweichender Strömungen als „revisionistisch“.

24 Lothar Oppermann: Was ist die Pädagogik, und wo sind die entscheidenden Ansatzpunkte für die Anwendung pädagogischer Erkenntnisse in der Parteiarbeit?; in: Der Parteiarbeiter, Parteiarbeit und Pädagogik, Heft 9/1965, S. 7–27.

25 Kurt Hager: Der Kampf für die weitere sozialistische Umgestaltung der Universitäten und Hochschulen der DDR; in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik, a.a.O., Teil I, S. 364.

Das Schulgesetz von 1959 hatte sich in der Praxis als nicht durchführbar erwiesen; denn die zehnklassige Oberschule war nur dem Namen nach eine zur Hochschulreife führende Oberschule. Auch die Erweiterte Oberschule (EOS) ermöglichte zudem nur über Ausleseverfahren²⁶ den Weg zur Hochschule. „Der Hauptweg zur Entwicklung des Fach- und Hochschulnachwuchses“ von der Oberschule über die Berufsausbildung blieb damit ebenso unrealistisch wie der zeitweilige Versuch, die gesamte berufliche Grundausbildung bereits in der 10.Klasse zu vermitteln. Damit scheiterte auch der bildungspolitische Kurs, sowjetische Erfahrungen ohne zureichende theoretische Reflexion einfach zu übernehmen.

Der entscheidende Anstoß für ein neues bildungspolitisches Konzept erfolgte auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 mit dem dort proklamierten Ziel des „umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR“. Die gesellschaftliche Funktion des Bildungswesens wurde in noch stärkerem Maße als bisher im Kontext der ökonomischen Aufgaben – Steigerung von Produktion und Arbeitsproduktivität – unter der leitenden Idee der „Meisterung der technischen Revolution“ als Ziel der anstehenden Entwicklungsphase auf dem Wege zur Vollendung der sozialistischen Gesellschaft gesehen: „Die große Volksaussprache zur Vorbereitung des VI. Parteitages hatte zwei Hauptfragen zum Inhalt: Die neuen materiell-technischen und ökonomischen Aufgaben und die Erziehung der Menschen der sozialistischen Epoche. Die Erziehung der Menschen und die Lösung der ökonomischen Aufgaben sind eine Einheit.“²⁷

Das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ vom 25. Februar 1965 lieferte die für das gesamte Bildungswesen bis zum Ende der DDR gültige Struktur, deren Bestandteile die Einrichtungen der Vorschul-erziehung, die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die Einrichtungen der Berufsausbildung, die zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtungen, die Ingenieur- und Fachschulen, die Universitäten und Hochschulen und die Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen waren.²⁸

Das Bildungsgesetz beinhaltete den Versuch, die vorher teilweise divergierenden Teile des Bildungswesens einschließlich der „kulturellen Einrichtungen“ strukturell und inhaltlich zusammenzubinden. Im Unterschied zum Gesetz von 1959, das ausdrücklich den egalitären Auftrag der Schule hervorgehoben hatte²⁹, wird nun im Gesetz von 1965 differenzierter formuliert, daß in

26 Vorauslese nach der 6.Klasse mit dem fakultativen und später für den Zugang zur EOS obligatorischen Unterricht der zweiten Fremdsprache und weitere Auslese nach der 8.Klasse.

27 Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED. Referat von W.Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED; in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik, a.a.O., Band II, S. 242.

28 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, § 2, Abs. 2; in: GBl. 1965, Teil I, Nr. 6, S. 83 ff.

29 siehe a.a.O., § 3, Abs. 2: „Die Schule hat dafür zu sorgen, daß alle Schüler das Bildungs- und Erziehungsziel der sozialistischen Schule erreichen.“

bestimmten Fällen „die Oberschulbildung in den Einrichtungen der Berufsausbildung oder der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen beendet werden“ kann. Das Bildungsgesetz nennt ausdrücklich Maßnahmen zur Förderung individueller Begabungen und Neigungen. Trotz der Einheitlichkeit in Aufbau und Zielsetzung des Bildungssystems sind Differenzierungen nach Auswahlkriterien möglich: „Für die höheren Bildungseinrichtungen werden die Besten und Befähigsten ausgewählt. Dabei ist die soziale Struktur der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu berücksichtigen.“³⁰

Auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 wurde das gesamte Bildungswesen in die volkswirtschaftliche bzw. gesamtgesellschaftliche Planung einbezogen. Dies hatte zur Folge, daß Bildungsplanung und Bildungsökonomie unter dem Aspekt der „Schrittmacherfunktion des Bildungswesens“ ausgerichtet wurden.³¹ Die Bildungseinrichtungen von der polytechnischen Oberschule bis zur Hochschule und der beruflichen Aus- und Weiterbildung sollten sich nicht nur an der Beschäftigungssituation orientieren, sondern auch in ihren Lehrplaninhalten künftige Anforderungen der Berufe und den technischen Wandel berücksichtigen.

Die Vorstellungen der SED, daß das einheitliche Bildungssystem eine neue Elite ausbilde, die die sozialistische Planwirtschaft effektiver zu gestalten vermöge, erfüllten sich trotz mehrfacher Revision der Zielvorgaben jedoch nicht. Vielmehr trug die Bildungspolitik insofern zur „negativen Führungsauslese“ (Max Weber) bei, als Bereitschaft zur ideologischen Anpassung, Einbindung in bürokratische Strukturen und diszipliniertes Sozialverhalten höher bewertet wurden als Individualität und Kritikfähigkeit.³²

Mit dem von der SED erklärten Übergang zum „real existierenden Sozialismus“ in der DDR und dem Wechsel in der Führung von Ulbricht zu Honecker war eine weitere Akzentverlagerung in der Bildungspolitik verbunden. Zwar blieb der mit dem Bildungsgesetz geschaffene Rahmen bestehen, aber die quantitativen Relationen und die Inhalte der Ausbildung auf allen Ebenen wurden geändert.³³ Margot Honecker machte auf diese Kurskorrektur auf dem VIII. Parteitag 1971 aufmerksam: „Wir müssen diese Tatsache, daß unsere Schule in erster Linie den hochqualifizierten Facharbeiternachwuchs vorzubereiten hat, mehr in das Blickfeld unserer Arbeit rücken. Die Heranbildung von 900.000 hervorragend ausgebildeten Facharbeitern im Fünfjahrplanzeitraum

30 a.a.O., § 2, Abs. 4.

31 Siehe Günther Hersing: Aufgaben und Probleme sozialistischer Bildungsplanung; in: Jahrbuch der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1973/74, S. 489–504; vgl. Oskar Anweiler: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR, a.a.O., S. 79 ff.

32 Vgl. Wolfgang J. Mommsen: Die DDR in der deutschen Geschichte; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29–30/1993. Mommsen verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Restituierung preußischer und deutschnationaler Traditionselemente in dem Bemühen, das ideologische Legitimationsdefizit zu verringern.

33 Vgl. Dieter Waterkamp: Bildungswesen und Bildungspolitik seit 1970; in: Die DDR in der Ära Honecker: Politik, Kultur, Gesellschaft, hrsg. von Gert-Joachim Glaesner. Opladen 1988, S. 531 ff.

ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung unserer gesamten sozialistischen Gesellschaft und ihrer führenden Kraft, der Arbeiterklasse. Manche Formulierungen in unserer Propaganda, beeinflusst von einigen nicht ganz realistischen Prognosen, erweckten zeitweilig den Eindruck, als müßte unsere Schule die Jugend in erster Linie auf das Studium an den Hoch- und Fachschulen vorbereiten.“³⁴

In der praktischen Umsetzung des neuen Kurses sank die Zahl der Neuzulassungen zum Studium von 44.047 im Jahr 1971 auf 33.222 im Jahr 1973. Das entsprach einem Anteil von knapp 12% an der Altersgruppe der 19–21 Jährigen (Bundesrepublik zur gleichen Zeit etwa 18% mit steigender Tendenz). Diese Quote blieb in der DDR bis 1989 etwa gleich. Seit Mitte der siebziger Jahre konnten jährlich nur noch knapp 10% der 10. Jahrgangsstufe in die EOS, und knapp 5% in die Berufsausbildung mit Abitur wechseln.³⁵ Diese Relationen blieben bis 1989 weitgehend konstant.³⁶ Über vier Fünftel der Absolventen der 10. Klasse der Polytechnischen Oberschule besuchten anschließend eine in der Regel zwei- bis zweieinhalbjährige Qualifizierung zum Facharbeiter. Dieses duale Ausbildungssystem war in theoretische Abschnitte an Berufsschulen, die zu etwa 80% unmittelbar den Betrieben zugeordnet waren, und praktische in den Betrieben und Lehrwerkstätten gegliedert.

Die Rechtsgrundlage für alle quantitativen und qualitativen Kriterien der Bildungsplanung in den siebziger und achtziger Jahren lieferte § 26, Abs. 1 der Verfassung: „Der Staat sichert die Möglichkeit des Übergangs zur nächsthöheren Bildungsstufe bis zu den höchsten Bildungsstätten, den Universitäten und Hochschulen, entsprechend dem Leistungsprinzip, den gesellschaftlichen Erfordernissen und unter Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung.“³⁷ Neben dem Notendurchschnitt spielten die ideologische Zuverlässigkeit, die beruflichen Pläne (z. B. Offizierslaufbahn in der NVA) und die soziale Herkunft eine wesentliche Rolle bei der Auswahl und bei der Zulassung zu weiterführenden Bildungseinrichtungen. Jedoch waren die Chancen von Arbeiterkindern, eine Hochschule besuchen zu können, nicht höher als etwa in der Bundesrepublik. Gegen Ende der achtziger Jahre stammten knapp über 50% der Studenten in der DDR aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil das Abitur besaß, während in der Bundesrepublik Deutschland die Akademikerkinder lediglich ein Drittel aller Studenten stellten.³⁸

34 „Hohe Bildung für alle Kinder des Volkes.“ Diskussionsbeitrag auf dem VIII. Parteitag; in: Margot Honecker: Zur Bildungspolitik und Pädagogik. Berlin (Ost) 1986, S. 344.

35 Detaillierte Zahlenangaben, in: Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Bonn 1990.

36 Ende der achtziger Jahre besuchten knapp 13% eines Jahrgangs die EOS; weiteren 6% wurde die Möglichkeit eingeräumt, die Hochschulreife über einen dreijährigen, mit beruflicher Lehre verbundenen Bildungsgang zu erreichen.

37 Verfassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974.

38 Vgl. Hans Apel: Intergenerative Bildungsmobilität in den alten und neuen Bundesländern; in: Jugendwerk der Deutschen Shell. Jugend '92, Band 2. Opladen 1992, S. 363.

In den siebziger und achtziger Jahren wurden die Bemühungen verstärkt, individuelle Begabungen zu fördern. Das führte zu größeren Differenzierungen im Bildungswesen. Die SED-Führung wollte dadurch die Leistungsmotivation steigern und Anreize zu aktivem politischem und ökonomischem Engagement geben. Im schulischen Bereich wurden als Folge der Begabtenförderung die Arbeitsgemeinschaften in den Klassen 9 und 10 ausgedehnt; an den Hochschulen wurden zur Leistungsförderung der Studenten individuelle Studienpläne ausgearbeitet und als Anreiz für die Hochschullehrer die Zuteilung von Prämien und Besoldungen stärker differenziert.

Ein besonderes Augenmerk galt der Begabtenförderung durch außerschulische Bildungseinrichtungen: in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern wurden Begabte über die Schülergesellschaften³⁹ gefördert. Die außerschulischen Musikschulen, zu denen der Zugang nur über Aufnahmeprüfungen erfolgen konnte, wurden erheblich ausgebaut. Zusätzliche Erfahrungen und Inhalte, welche die Schule nicht vermittelte, boten die „Stationen junger Techniker und Naturforscher“ der FDJ und Veranstaltungen der Schüler-Urania. Auf solche stark anwachsende Formen außerschulischer Bildung mit Differenzierungscharakter fand die allgemeinbildende sozialistische Einheitsschule keine Antwort.

Alle Anstrengungen der politischen Führung, zu höheren Leistungen und zu verstärktem gesellschaftlichen und politischen Engagement zu motivieren, damit die DDR als „moderner sozialistischer Industriestaat mit der weltweiten wissenschaftlich-technischen Revolution Schritt halten“ (Erich Honecker) könne, mußten fast zwangsläufig scheitern; denn es gelang nicht, der Bevölkerung glaubhaft zu machen, daß die ideologischen Zielvorgaben auch in die Praxis umsetzbar wären. Vielmehr waren in den achtziger Jahren die Rückschritte in der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft unverkennbar.

2. *Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit*

Aus der Gesellschaftstheorie des Marxismus-Leninismus und in ideologischer Orientierung an der Pädagogik der Sowjetunion leitete die SED ihren totalitären Führungsanspruch ab, den gesamten Bereich der Bildung und Erziehung zu gestalten und zu kontrollieren. Entsprechend dem Prinzip der Einheit von Bildung und Lehre sollten Wissen vermittelt und gleichzeitig auf der Grundlage eines klaren Klassenstandpunktes zu politischem Handeln erzogen werden. Alle pädagogische Bemühungen waren somit Gegenstand gesellschaftlicher Entscheidung. Aus dem sozialistischen Menschenbild wurde

³⁹ In den Kreis- und Bezirksclubs der Schülergesellschaften wurden die leistungsstärksten Schüler in einzelnen Fächern intensiv gefördert und in einer Art Olympiade Sieger ermittelt. Ein wesentlicher Anreiz für die Teilnahme bestand darin, daß die „Olympiasieger“ bevorzugte Studienplätze erhielten.